
Protokoll des Jugendhilfeausschusses vom 08.11.2024

Vorsitz: Sahhanim Görgü-Philipp

Ort: Kwadrat, Wilhelm-Kaisen-Brücke 1, 28199 Bremen

Zeit: 14:30 Uhr

Protokoll: Nicole Weiß und Melisa Marx

Stimmberechtigte Teilnehmende:

Mitglied		Stellv. Mitglied	
Tek, Hetav	<input checked="" type="checkbox"/>	Kaya, Yunas	<input type="checkbox"/>
Zeimke, Simon	<input type="checkbox"/>	Averwenser, Yvonne	<input type="checkbox"/>
Tunc, Eyfer	<input checked="" type="checkbox"/>	Eckardt, Kerstin	<input type="checkbox"/>
Arpaz, Selin	<input checked="" type="checkbox"/>	Bries, Falko	<input type="checkbox"/>
Kähler, Katharina	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Kretschmann, Heike	<input checked="" type="checkbox"/>	Yildiz, Medine	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. Tell, Franziska	<input type="checkbox"/>
Hassanpour, Dariush	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuncel, Cindi	<input type="checkbox"/>
Ziegler, Gerd	<input type="checkbox"/>	Bohlmann, Jasmin	<input checked="" type="checkbox"/>
Krümpfer, Larissa	<input type="checkbox"/>	Kastens, Christina	<input type="checkbox"/>
Harjes, Sandra	<input checked="" type="checkbox"/>	Witte, Gabriele	<input type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	<input type="checkbox"/>	Merkel, Monica	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	<input type="checkbox"/>	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Himmelskamp, Laura	<input type="checkbox"/>	Geupel, Gesine	<input type="checkbox"/>

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Tagesordnungspunkt 2

Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Erweiterung der Möglichkeiten des Personaleinsatzes in Kindertagesstätten

Die Senatorin für Kinder und Bildung, Sascha Aulepp, führt in diesen Tagesordnungspunkt ein und bedankt sich für die Möglichkeit zur kurzfristigen Information des Ausschusses.

Die aktuell größte Herausforderung beim Ausbau von frühkindlichen Bildungsangeboten ist der bundesweite Personalmangel, insbesondere der Fachkräftemangel in den pädagogischen Berufen. Dies führt dazu, dass trotz des Ausbaus nicht genügend Kita-Plätze für Kinder in Bremen zur Verfügung stehen und dass Kinder, Eltern und Beschäftigte unter der deutlich gewachsenen Störanfälligkeit des Kita-Alltags leiden, weil immer wieder Personalengpässe überbrückt oder Kinder nach Hause geschickt werden müssen.

Im Rahmen der Ausbildungsmöglichkeiten in den klassischen Ausbildungswegen hat die Stadtgemeinde Bremen ausgebaut, die Wege zu den entsprechenden Berufsabschlüssen erweitert und die Zahlen derjenigen in der Aus- und Weiterbildung in den sozialpädagogischen Berufen massiv erhöht, jedoch reicht dies nicht aus, u.a. auch weil die Einsatzbereiche nicht nur Kindertagesstätten, sondern auch Schule und die Kinder- und Jugendhilfe betreffen.

Zudem wurden neue Gebäude und Räumlichkeiten geschaffen, allerdings fehlt, trotz entsprechender Maßnahmen zur Gewinnung und Erhalt der Fachkräfte, entsprechendes Personal, um diese Räumlichkeiten belegen zu können. Um sowohl für die derzeit akute Situation eine Lösung zu finden als auch neue Zielgruppen für die Berufsqualifikation im sozialpädagogischen Bereich zu erschließen, um perspektivisch für die zur Verbesserung der Qualität in den Kitas dringend nötigen Fachkräfte zu sorgen, wird vorgeschlagen, die Qualifikationsanforderungen der Kita-Beschäftigten zu flexibilisieren, um für verlässliche Betreuung zu sorgen. Dabei geht es vor allem darum, dass anstelle von vollausgebildeten Erzieher:innen auch Personal mit anderen (geringeren) Qualifikationen wie beispielsweise sozialpädagogische Assistenten zeitweise Kitagruppen allein betreuen dürfen. Wenn nicht ausreichend Erzieher:innen gefunden werden können, um für alle Kinder eine Ganztagsbetreuung anbieten zu können, kann der Weg nicht sein, entweder nach wie vor viele Kinder ganz außen vor zu lassen oder für alle Kinder den Kitatag auf wenige Stunden zu begrenzen. Deshalb wird vorgeschlagen, dass künftig zusätzlich zu den mindestens für jedes Kind sicherzustellenden 20 Stunden pro Woche mit mindestens ein:er voll ausgebildete:n Erzieher:in für jede Gruppe in der jeweiligen Kita weitere Kitazeiten auch über anderes Personal ermöglicht werden können. In darüber hinausgehenden Förderungs-Randzeiten von weiteren 10 Stunden pro Woche sollen Fachkräfte mit begrenztem Verantwortungsbereich wie Sozialpädagogische Assistenzen und vergleichbar die Gruppe zusammen mit einer weiteren Kraft weiter betreuen können. In über diese Zeit hinausgehenden Betreuungszeiten sollen die Kinder von geeigneten Personen auch ohne pädagogische Ausbildung betreut werden können, wenn ein:e Erzieher:in in der Kita als Ansprechpartner:in anwesend ist. Die Kinder sollen

dann beispielsweise von Kinderpfleger:innen oder Sozialassistenten, aber auch von Kindertagespflegepersonen oder von Menschen ohne Formalqualifikation, von denen Träger und Kitaleitung überzeugt sind, dass sie die Kinder gut und verantwortungsvoll betreuen können, betreut werden. Zudem soll es weitere Möglichkeiten des Quereinstieges mit paralleler Ausbildung geben, um allen Menschen, die sich zu pädagogischen Fachkräften (weiter)qualifizieren wollen, dafür auch ein konkretes Angebot zu machen.

Bei einem formalen Gesetzgebungsverfahren wird eine ausführliche Beteiligung des Ausschusses stattfinden. Die AG gem. §78 SGB VIII Kindertagesbetreuung wird sich als Fachgremium vorab intensiv mit dem Vorschlag befassen.

Das Gremium diskutiert über Bedenken, Herausforderungen und Umgestaltungsmöglichkeiten und wird bei Ablehnung der Lösungsmöglichkeiten gebeten, Alternativvorschläge abzugeben.

Für die Umsetzung in der Praxis wäre eine Überlegung sich an das Modell der Systemischen Assistenzen und den dazugehörigen Einstiegmodulen am LIS, welches bereits in Schule vorerprobt wurde, anzulehnen. Auch Inhouse-Schulungen bei größeren Trägern könnten Maßnahmen sein, die diesen Kolleg:innen angeboten werden könnten.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Eyfer Tunc, Heike Kretschmann, Sascha Aulepp, Katharina Kähler, Imke Sonnenberg

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27.09.2024

Das Protokoll aus der Sitzung vom 27.09.2024 wird genehmigt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Das Protokoll aus der Sitzung vom 27.09.2024 wird genehmigt.

Zustimmung: 10

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 4

Terminplanung 2025

Aufgrund der Schwierigkeiten der Terminplanung, wird entschieden zu diesem TOP keine Entscheidung herbeizuführen. Timon Grönert macht den Verfahrensvorschlag, dass die Geschäftsführung binnen einer Woche Rückmeldungen zu der Terminplanung einsammelt, um anschließend per Umlaufverfahren eine Entscheidung herbeizuführen.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Tagesordnungspunkt 5

Benennung der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII Jugendhilfeplanung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

-

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der vorgeschlagenen Besetzung der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII „Jugendhilfeplanung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe“ zu.

Zustimmung: 10

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 6

Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII für die Stadtgemeinde Bremen Drachenkinder e. V.

Hetav Tek erinnert an die Sitzung vom 08.03.2024 und der Bitte, dass das Gremium die Möglichkeit bekommt, vorab informiert zu sein.

Es wird sich darauf verständigt, dass bereits bei Antragseingang in der nächsten Sitzung unter dem TOP „Berichte der Verwaltung“ über den Antrag und das somit laufende Prüfverfahren informiert wird.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Hetav Tek, Selin Arpaz, Rolf Diener, Thomas Jablonski

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen beschließt, „ Drachenkinder e. V.“ als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII für die Stadtgemeinde Bremen anzuerkennen.

Zustimmung: 10

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 7

Jugendsozialarbeit in der Stadtgemeinde Bremen: Umsetzung des ESF Plus Bundesprogramms „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit“

Jens Schaller führt gemeinsam mit Dirk Madderken in die Vorlage ein.

Die Trägervertreter:innen berichten anschließend vom konkreten Angebot:

Tanja Engelke für die Caritas im Bremer Norden.

Tessa Engelbrecht für die WaBeQ im Bremer Westen.
Nadine Egge für die Caritas im Bremer Süden.

Hetav Tek bedankt sich für die Vorstellung und bittet bei der Berichterstattung in 2025 zu den Fragen der Perspektivklärung sowie der Arbeit mit Careleaver:innen Stellung zu nehmen.

Das Gremium bittet des Weiteren um Nachlieferung von statistischen Daten wie Anzahl der Erreichten jungen Menschen und deren Geschlecht etc. Dirk Madderken sichert eine Nachlieferung zu.

Des Weiteren wird erläutert, dass die Arbeit mit Careleaver:innen im Rahmen der Konzeption nicht ihren Schwerpunkt hat und es hierfür grundsätzliche andere Beratungsangebote gibt. Die jungen Menschen werden aber selbstverständlich nicht abgewiesen, sondern wegweisend beraten.

Als besondere Herausforderung der Arbeit wird die Abhängigkeit vom Wohnungsmarkt erläutert, insbesondere vor dem Hintergrund folgender Kriterien: das Angebot an Wohnraum (insbesondere Ein-Zimmer-Wohnungen), die damit verbundenen Kosten sowie die Vorbehalte der Vermieterinnen und Vermieter gegenüber der Zielgruppe.

In der weiteren Debatte wird die Arbeit nochmal als sehr gutes Angebot für die Zielgruppe herausgestellt. Es gibt eine sehr enge Vernetzung über die Arbeitskreise und auch im Rahmen der offenen Kinder- und Jugendarbeit wird das Angebot sehr begrüßt, da dort häufig junge Menschen mit der Problematik Unterstützung suchen und sie durch das Programm an ein konkretes Angebot angebunden werden können.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Jens Schaller, Dirk Madderken, Tanja Engelke, Tessa Enegelbrecht, Nadine Egge, Hetav Tek, Selin Arpaz, Sahhanim Görgü.Philipp, Katharina Kähler, Sabine Toben-Bergmann

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

Der Jugendhilfeausschuss bittet um erneute Berichterstattung über das ESF-Bundesprogramms „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit“ im Jahr 2025.

Zustimmung: 10

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 8

Ablaufplan zur Vorbereitung auf das Kindergartenjahr 2025/26

Marleen Pauluhn führt in die Vorlage ein und ergänzt, dass die zuständige AG gem. §78 SGB VIII befasst wurde. Eine Befassung der zuständigen Deputation ist Ende November. Des Weiteren weist sie daraufhin, dass die Anlage 1 bei der Versendung an die Träger in eine lesbare Größe gebracht wird.

Auf Nachfrage werden die Kriterien, die eine bevorzugte Aufnahme ermöglicht, erläutert. Diese sind technisch im System entsprechend dem Ortsgesetz zur Aufnahme von Kindern und zur Regelung der Betreuungszeiten in Tageseinrichtungen (Aufnahme- und Betreuungszeitenortsgesetz – BremABOG) hinterlegt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Marleen Pauluhn, Thomas Jablonski, Eyfer Tunc

Beschluss:

Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 9

Interessenbekundung

Aktualisierung weiterer Standortentscheidung (hier: Martinsheide 19)

Thomas Jablonski führt in die Vorlage ein.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt wie folgt:

Vege sack: Es wird empfohlen den Standort
Martinsheide 19 / Bremische Evangelische Kirche (6-gruppig)
vorbehaltlich eines positiven Beiratsvotums umzusetzen.

Zustimmung: 10

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 10

Berichte der Verwaltung

David Gade berichtet, dass eine Übergangslösung in Bezug auf die Jugendverbandsförderung gefunden wurde. Es ist gelungen, im Haushaltsverzug 100.000 Euro für 2025 darzustellen, so dass die aktuelle Förderstruktur erhalten werden kann und zusätzlich weitere Träger gefördert werden können.

Auf Nachfrage berichtet Rolf Diener, dass bezogen auf die Planungsreserve noch keine Entscheidung vorliegt.

Kathrin Prüser berichtet zum Ausbildungsfonds zur Förderung des Berufsanerkennungsjahres von Sozialarbeiter:innen in der Jugendarbeit 2025, dass bereits zahlreiche Bewerbungen eingegangen sind und es zeitnah Rückmeldungen an die Träger geben wird.

Tagesordnungspunkt 11

Verschiedenes